Warum Wissen nicht genügt

07. Februar 2026

Über richtigen Umgang mit der Wahrheit

Der Klimabericht liegt auf dem Tisch. Daneben der Kontoauszug. Dazwischen entscheidet sich, was heute als Wahrheit durchgeht, und was als Zumutung abgewehrt wird.

Lange galt Aufklärung als Fortschrittsversprechen: Mehr Information, bessere Argumente, sauberere Fakten, und schon setzt sich vernünftiges Handeln durch. Diese Hoffnung war bequem. Sie ist widerlegt. Alles ist bekannt. Alles ist nachlesbar. Und doch handeln politische Mehrheiten, als ginge es um Geschmacksfragen. Nicht um Tatsachen.
Das Problem heißt nicht Unwissen. Es heißt Zumutbarkeit. Hannah Arendt hat nüchtern beschrieben, warum Fakten keine zwingende Macht besitzen: Sie wirken nur, solange sie Teil einer gemeinsamen Wirklichkeit sind. Zerfällt diese Welt in getrennte Lebenslagen, verliert Wahrheit ihre Bindekraft. Nicht weil Menschen „dumm“ wären, sondern weil Wahrheit Kosten verteilt, und zwar so, dass sich manche Sicherheit kaufen können, andere nicht.

Walter Benjamin wusste: Erkenntnis wirkt als Bruch oder gar nicht. Darum setzte er auf Irritation, auf Unterbrechung, auf Bilder, die das Gewohnte verrücken. Adorno hat die Dialektik benannt: Aufklärung kippt, wenn sie sich den Verhältnissen anpasst und ihre Schärfe gegen „Realismus“ eintauscht. Dann wird Rationalität zur Begründung dafür, warum es angeblich nicht anders geht.

Die Statistik der Lebenslagen bestätigt, was die Theorie beschreibt. Eine Broschüre des Umweltbundesamtes liefert Zahlen zur Klassenfrage der Wahrheit. 77 Prozent der Menschen mit sehr hohem Pro-Kopf-Einkommen finden, wir sollten zugunsten der Umwelt den Lebensstandard einschränken; bei niedrigem Einkommen sind es 65 Prozent. Gleichzeitig sagen 59 Prozent der Niedrigeinkommensgruppe, sie schränkten ihren Konsum im Alltag oft bis immer bewusst ein – in der sehr hohen Einkommensklasse tun das nur 38 Prozent. Oben Zustimmung. Unten Disziplin. Oben Moral. Unten Mangelverwaltung. Wer wenig hat, verzichtet längst und wird trotzdem belehrt. Und selbst die Studie hält fest, was Politik und Mainstream-Medien gern umkreisen, statt es auszusprechen: Aus Gerechtigkeitsperspektive sei nachvollziehbar, dass Wohlhabendere mehr beitragen sollten, weil sie im Durchschnitt mehr Umweltbelastung verursachen, während ärmere Gruppen häufiger stärker betroffen sind und sich schlechter absichern können.

Damit ist auch die nächste Entlastungsformel enttarnt: Klimapolitik scheitere vor allem an „Kommunikation“. In einer aktuellen Civey-Umfrage für t-online wünschen sich nur vier von zehn mehr Einsatz der Bundesregierung beim Klimaschutz; ein Drittel will Maßnahmen sogar zurückfahren. Das ist ein Klassenbefund. Viele spüren, dass sie wieder die Rechnung bekommen sollen. Und sie glauben es, weil es fast immer stimmt. Wer das als

Kommunikationsfrage erzählt, verschiebt den Konflikt von oben nach unten: Nicht die Besitzstände seien das Problem, sondern die Einsicht derjenigen, die sowieso schon rechnen müssen.

So entsteht die politische Paradoxie unserer Zeit: Die Katastrophe ist sichtbar, aber die Mehrheit will Ruhe. Nicht weil sie die Fakten nicht kennt, sondern weil sie die Konsequenzen fürchten muss. Denn Wahrheit wird in dieser Gesellschaft zu oft als Drohung organisiert: teurer, strenger, weniger. Und während oben die Zustimmung zum „Verzicht“ mühelos über die Lippen geht, wird unten schon längst verzichtet: beim Essen, bei der Heizung, beim Weg zur Arbeit, beim Leben.

Wer publizistisch um Mehrheiten wirbt und dabei über Umverteilung schweigt, betreibt Aufklärung als Theater: korrekt, aber folgenlos. Mehr Klimaschutz ohne spürbare Entlastung unten wird als Strafe gelesen. Und dann läuft die Ablenkungsmaschine: Wärmepumpe gegen Miete, Tempolimit gegen Pendler, Klima gegen „kleine Leute“. Die Rechten müssen dafür nur noch den Zeigefinger heben und den Hass umlenken. Der Trick ist alt: Nicht die Profiteure werden angegriffen, sondern Ersatzfeinde.

Wer Mehrheiten will, muss Wahrheit verorten: in Mieten, Löhnen, Preisen, Eigentum, nicht im Charakter der „Klimasünder“. Darum gehört Umverteilung in die Mitte jeder Mehrheitsstrategie, nicht als „sozialer Ausgleich“ am Rand, sondern als Hauptforderung. Ohne Zugriff auf den Reichtum keine demokratische Klimapolitik. Wer Klimaschutz will, muss Vermögen antasten, fossile Renditen beschneiden, klimaschädliche Privilegien streichen. Gleichzeitig müssen soziale Sicherheiten ausgebaut werden: günstige Energie, bezahlbare Mobilität, warme Wohnungen, sichere Jobs. Erst dann wird Wahrheit nicht als Absturzrisiko erlebt, sondern als politisch durchsetzbare Perspektive.